



Der Schweizerische Verband der Sozialversicherungs-Fachleute
La Fédération suisse des employés en assurances sociales
La Federazione svizzera degli impiegati delle assicurazioni sociali

Lösungsvorschlag

Höhere Fachprüfung für Sozialversicherungs-Expertinnen und -Experten 2023

Prüfungsteil 1.1 Geleitete Fallarbeit

Kandidatennummer	
Zweig	Berufliche Vorsorge, Critical Incidents «Recht und Organisation»
Dauer	30 Minuten
Geleitete Fallarbeit	Critical Incident 1: Verfahren bei Rückforderung
	Critical Incident:2: Datenverarbeitung
Beilagen	Keine
Anzahl Seiten	5

Critical Incident 1: Verfahren bei Rückforderung

Ausgangssituation

Anita Breitenfeld belegt einen Weiterbildungskurs im Bereich Sozialversicherungen. In diesem Zusammenhang hat sie eine Arbeit zu verfassen, die das Thema Rückerstattung unrechtmässig bezogener Sozialversicherungsleistungen zum Gegenstand hat. Dieses Thema bereitet ihr Kopfzerbrechen, weshalb sie sich in der Annahme an Sie wendet, dass Sie ihr als angehende Sozialversicherungsexpertin/angehender Sozialversicherungsexperte weiterhelfen können.

Konkret muss Anita Breitenfeld das korrekte Vorgehen und das Verfahren bei Rückforderung einer IV-Rente nach IVG und einer IV-Rente der beruflichen Vorsorge nach BVG darlegen. Sie muss sich dabei auch dazu äussern, wie lange sich die Versicherten Zeit nehmen dürfen für eine Rückforderung. Ferner hat sie zu prüfen, ob die Rückerstattungspflicht in jedem Fall gilt oder ob es unter gewissen Voraussetzungen Ausnahmen davon gibt. Schliesslich muss sie die Rechtsmittelverfahren bis zum Bundesgericht darstellen.

Aufgabe

Beantworten Sie die Fragen, die Anita Breitenfeld aufgeworfen hat und nennen Sie die Massnahmen resp. Schritte. Begründen Sie jeweils mit den genauen rechtlichen Grundlagen (keine reglementarischen Bestimmungen). (25 Punkte, davon 15 für den IV-Teil und 10 für den BV-Teil)

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgender Leitfrage bewertet:

- Schildert der/die Kandidat/in ein plausibles und rechtlich korrektes Vorgehen in der beschriebenen Situation?

Zeitraumen

Ca. 25 Minuten

Lösungsvorschlag

Massnahmen/Schritte	Begründung
IV Gewährung des rechtlichen Gehörs Rückforderungsverfügung erlassen Hinweis auf Art. 3 Abs. 2 ATSV Die Verfügung ist innerhalb dreier Jahre, nachdem die IV vom Rückforderungsanspruch Kenntnis erhalten hat, zu erlassen, spätestens aber mit dem Ablauf von fünf Jahren nach der Auszahlung der einzelnen Leistung. Wird der Rückforderungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet und sieht das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist vor, ist diese Frist massgebend. Wer Leistungen in guten Glauben empfangen hat, muss sie nicht zurückerstatten, wenn eine grosse Härte vorliegt. Der Erlass wird auf schriftliches Gesuch gewährt. (Gesuch ist spätestens 30 Tage nach Eintritt der Rechtskraft der Rückforderungsverfügung einzureichen) Vorliegen einer grossen Härte. Verfügung kann beim kantonalen Versicherungsgericht angefochten werden. Gegen den Entscheid des kantonalen Versicherungsgerichts kann nach Massgabe des BGG beim Bundesgericht Beschwerde geführt werden.	Art. 42 ATSG Art. 25 Abs. 1 ATSG / Art. 3 ATSV / Art. 69 Abs. 1 IVG Art. 25 Abs. 2 ATSG Art. 25 Abs. 2 ATSG Art. 25 Abs. 1 ATSG / Art. 4 – 5 ATSV Art. 4 Abs. 4 ATSV Art. 5 ATSV Art. 56/57 ATSG Art. 62 ATSG
BV Rückforderung in einem Schreiben stellen (keine Verfügung möglich). Die Verfügung ist innerhalb dreier Jahre, nachdem die IV vom Rückforderungsanspruch Kenntnis erhalten hat, zu erlassen, spätestens aber mit dem Ablauf von fünf Jahren nach der Auszahlung der einzelnen Leistung. (Nach der Revision des Art. 35a Abs. 2 BVG ist ein Verjährungsverzicht nicht mehr möglich, da es sich nunmehr um eine Verwirkungsfrist handelt.	Art. 35a Abs. 1 BVG Art. 35a Abs. 2 BVG

<p><i>Das Bundesgericht hatte die Frist nach alter gesetzlicher Regelung in BGE 9C_563/2015 als Verjährungsfrist beurteilt.)</i></p> <p><i>Wird der Rückforderungsanspruch aus einer strafbaren Handlung hergeleitet und sieht das Strafrecht eine längere Verjährungsfrist vor, ist diese Frist massgebend.</i></p> <p><i>Von der Rückforderung kann abgesehen werden, wenn der Leistungsempfänger gutgläubig war und die Rückforderung zu einer grossen Härte führt.</i></p> <p><i>Bezahlt die versicherte Person die Rückforderung nicht, ist zuerst sicher eine entsprechende Mahnung und Belehrung angezeigt. Fruchten diese nicht, muss die Vorsorgeeinrichtung Klage beim zuständigen kantonalen Gericht zu erheben.</i></p>	<p><i>Art. 35a Abs. 2 BVG</i></p> <p><i>Art. 35a Abs. 1 BVG</i></p> <p><i>Art. 73 BVG</i></p>
---	---

Critical Incident 2: Datenverarbeitung

Ausgangssituation

Johann Silberschmied ist gegenüber dem Staat, den Pensionskassen und seinen Institutionen sehr kritisch eingestellt. Er erscheint auf seiner Pensionskasse Pensicura und verlangt, dass ihm die gesetzliche Grundlage für die Erfassung und Verarbeitung seiner Daten im Zusammenhang mit seinem Leistungsbegehren bekannt gegeben wird.

Aufgabe

Sie werden an den Empfang gerufen und erteilen Johann Silberschmid die gewünschte Auskunft und begründen Sie diese (5 Punkte).

Beurteilung

Ihre Leistung wird nach folgender Leitfrage beurteilt:

- Schildert der/die Kandidat/in ein rechtlich und systematisch korrektes Vorgehen in der beschriebenen Situation?

Zeitraumen

Ca. 5 Minuten

Lösungsvorschlag

Schritte	Begründung
<i>Die mit der Durchführung, der Kontrolle oder der Beaufsichtigung der Durchführung dieses Gesetzes betrauten Organe sind befugt, die Personendaten, einschliesslich besonders schützenswerter Daten und Persönlichkeitsprofile, zu bearbeiten oder bearbeiten zu lassen, die sie benötigen, um die ihnen nach diesem Gesetz übertragenen Aufgaben zu erfüllen, namentlich um:</i> <i>a. die Versicherungsbeiträge zu berechnen und zu erheben;</i> <i>b. Leistungsansprüche zu beurteilen sowie Leistungen zu berechnen, zu gewähren und diese mit Leistungen anderer Sozialversicherungen zu koordinieren;</i> <i>c. ein Rückgriffsrecht gegenüber einem haftpflichtigen Dritten geltend zu machen;</i> <i>d. die Aufsicht über die Durchführung dieses Gesetzes auszuüben;</i> <i>e. Statistiken zu führen;</i> <i>f. die Versichertennummer der AHV zuzuweisen oder zu verifizieren.</i>	85a BVG